



Zur Militärreform in Guatemala

Die Reform des staatlichen Sicherheits- und Verteidigungsapparats, insbesondere des Militärs, zählt zu den zentralen Herausforderungen im Prozess des Aufbaus demokratischer Strukturen und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Guatemala.

Die Beseitigung der Überreste autoritärer und repressiver Strukturen, die für die Zeit des über dreißig Jahre andauernden bewaffneten Konfliktes charakteristisch waren, ist eine notwendige Voraussetzung, um ein Institutionengefüge aufzubauen, das auf den Schutz der gesamten Bevölkerung, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse und den Respekt der Menschenrechte ausgerichtet ist.

Im besonderen Fall des Heeres ist diese Dimension sogar noch wichtiger, da das Heer eine Schlüsselrolle bei der Begründung und Erhaltung des autoritären Regimes und seiner repressiven Praktiken spielte und die Herausbildung demokratischer Institutionen in Guatemala behinderte. Dem Heer wird außerdem die Verantwortung für 92% der Menschenrechtsverbrechen zugeschrieben, die während des Konfliktes begangen wurden.

Seit den Friedensverhandlungen wurde die Reform und Umstrukturierung der Institution als prioritäre Aufgabe identifiziert, die unter anderem folgende Elemente beinhalten sollte: Reformen der Militärgesetzgebung, Veränderungen der Doktrin und des Ausbildungswesens, Verringerung des Militärhaushaltes, Verringerung der Truppenstärke, Anpassungen im Bereich der Militärgerichtsbarkeit, Stärkung der demokratischen Kontrolle des Heeres und die Modifizierung der gültigen Gesetzgebung. Alle diese Maßnahmen sollten dazu dienen, die Institution an die Bedingungen der Zeit nach dem bewaffneten Konflikt und an die Parameter einer demokratischen Sicherheitspolitik anzupassen.

Heute, zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens, sind die Fortschritte auf diesem Gebiet jedoch gering. Der Prozess der Militärreform sah sich zum einen mit dem mangelnden politischen Willen der jeweiligen Regierungen konfrontiert, tief greifende Veränderungen vorzunehmen; zum anderen wurde jeder Vorstoß in Richtung einer Reform von der Militärführung abgelehnt.

Zwar gab es zu Beginn der Amtszeit von Präsident Óscar Berger Anzeichen für Veränderungen im Heer. Es wurde eine Politik der Modernisierung der Streitkräfte eingeleitet, durch die die Truppenstärke entscheidend verringert und neue Geräte und Technologie angeschafft werden sollten. Das sind jedoch nur zwei Elemente eines umfassenden Prozesses der Umstrukturierung.

Das erste Ziel wurde wenige Monate nach seiner Ankündigung erreicht: das Ergebnis war die Reduzierung des militärischen Personals um mehr als 11.500 Soldaten, die Schließung von sechs militärischen Zonen, die administrative Reorganisation des Personals und seine neue Verteilung über das nationale Territorium. Trotz dieser bedeutenden Verringerung der Truppenstärke gab es jedoch keine entscheidenden Veränderungen im Militärhaushalt. Dieser blieb mit einer Summe von ca. Tausend Millionen Quetzales ebenso hoch wie vor der Reduzierung des Personals.

Keine Fortschritte gab es bei dem zweiten Ziel, der Modernisierung des Militärs. Das liegt zum einen daran, dass der Staat nicht über die notwendigen finanziellen Ressourcen verfügt, um neue Technologie und militärisches Gerät anzuschaffen – es wird geschätzt, dass dafür mehrere Millionen Quetzales

notwendig wären – und um die Professionalisierung der Streitkräfte voranzutreiben.

Außerdem bedingt der Einfluss der Sicherheitsagenda, die durch die Regierung der USA vorangetrieben wird und auf den Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus sowie auf die Eindämmung der Migration in der Region ausgerichtet ist, Veränderungen in der Orientierung der Streitkräfte, über deren Implikationen sich die politischen Autoritäten nicht im Klaren sind. Die Militärspitze dagegen weiß sehr genau, was diese Veränderungen bedeuten, und sieht in ihnen eine Möglichkeit, ihren Einfluss und ihre Bedeutung in Fragen der inneren Sicherheit auszubauen.

Klarheit besteht allerdings über die Interessen der USA, eine Einschränkung aufzuheben, die Militärhilfen für das guatemalteckische Heer untersagt – vor dem amerikanischen Kongress werden Anstrengungen in diese Richtung unternommen –, um auf diese Weise eine tief greifende Reform der Streitkräfte im Sinne der genannten nordamerikanischen Interessen voranzutreiben.

Europäische Länder wie Deutschland und England haben ihrerseits Interesse bekundet, die Militärreform finanziell zu unterstützen, etwa durch Technologietransfer oder militärische Ausbildungshilfen. Diese Anstrengungen sind für den Prozess der Umstrukturierung der Streitkräfte fundamental, ganz besonders wenn es um Fragen der Ausbildung geht. Bisher hat sich dieses Hilfsangebot jedoch noch nicht konkretisiert.

Andererseits ist es wichtig daran zu erinnern, dass die guatemalteckische Verfassung in Art. 244 die Möglichkeit offen lässt, das Militär auch zum Schutz der inneren Sicherheit einzusetzen. In den Friedensabkommen, besonders in dem Teil, der sich um die Stärkung der zivilen Kräfte und der Funktion des Heeres in einer demokratischen Gesellschaft befasst, gelangte man zu dem politischen Konsens, die Funktion der Streitkräfte auf die Verteidigung der nationalen Souveränität und der Integrität des Territoriums zu beschränken. Seine Beteiligung in anderen Bereichen sollte auf Aufgaben der Kooperation beschränkt bleiben.

Die Praxis sieht anders aus und in der Frage der Kooperation hält das Militär an der Einmischung in Fragen der inneren Sicherheit fest. Während der letzten zehn Jahre hat das Militär in regelmäßigen Abständen und gemeinsam mit der Zivilen Nationalpolizei (*Policía Nacional Civil*) an Einsätzen die innere Sicherheit betreffend mitgearbeitet, und zwar auf Bitten des Innenministeriums hin.

Davon einmal abgesehen, dass das Militärpersonal nicht für Aufgaben in einem zivilen Umfeld ausgebildet ist, lassen sich keine Bemühungen zur Stärkung der Zivilen Nationalpolizei erkennen. Die strukturelle Schwäche der Polizei und das zermürbende Umfeld von Gewalt und Unsicherheit, die das ganze Land betreffen, und die die Handlungsmöglichkeiten des Innenministeriums überschreiten, sind Argumente, die immer wieder bemüht werden, um das Militär zur Hilfe zu rufen.

Andererseits haben sich die Streitkräfte das Monopol im Bereich der Nachrichtendienste durch deren spezialisierte Struktur bewahrt – ein Erbe der Militarisierung, die die Sicherheitsapparate während des bewaffneten, innenpolitischen Konflikts durchlaufen haben. Und seit 1996 sind sie in das Feld der strategischen Nachrichtendienste vorgedrungen – ein Ergebnis der Einrichtung des Sekretariats für Strategische Analysen (*Secretaría de Análisis Estratégico*), das der Exekutive unterstellt ist und seit der Unterschrift der Friedensverträge besteht.

In diesem Zusammenhang ist die kürzliche Gründung des zivilen Nachrichtendienstes DIGICI (*Dirección General de Inteligencia Civil*) als positives Zeichen der Stärkung der zivilen Komponente der inneren Sicherheit zu sehen. Die Aufgabe von DIGICI ist es, die zivilen Aufgaben der Nachrichtendienste zu bündeln und durch Sammeln und Weiterverarbeiten entsprechender

Informationen gegen die allgegenwärtige Unsicherheit vorzugehen. Das gute Funktionieren dieser Institution wird von den Impulsen des Innenministeriums zur Gründung derselben abhängen – einerseits durch das Einstellen ausgebildeten Personals, andererseits durch das Zuweisen angemessener Finanzmittel.

Und schließlich ist auf der Ebene der Justiz darauf zu verweisen, dass nur geringe Fortschritte bei der Aufklärung der während des innenpolitischen Konflikts begangenen Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen sind. Selbst wenn einige Offiziere vor Gericht stehen oder von Ermittlungsverfahren in Verbrechen, die mit dem bewaffneten Konflikt zu tun haben, so haben diese Entwicklungen doch nichts mit einer Politik zu tun, deren Ziel es ist, die Wahrheit ans Licht zu bringen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Auch gibt es in der guatemalteckischen Gesellschaft keine breite Unterstützung für einen Prozess der Aufarbeitung der Geschichte und der Versöhnung. In Wahrheit beschäftigen sich zur Zeit nur einige wenige sozialwissenschaftliche Organisationen und Forscher mit dieser Aufgabe. Diese aber sehen sich steter Bedrohung und Anfeindung gegenüber – ausgehend von Gruppen und Personen, die ein Interesse daran haben, jegliche Bemühung um ein Herausfinden dessen, was wirklich geschehen ist, zu vereiteln.

Betrachtet man die Anzeigen von Menschenrechtsverletzungen, so hat die Institution im Laufe der letzten Jahre durch Korruptionsvorwürfe und Millionen, die in verschiedenen Körperschaften des Verteidigungsministeriums veruntreut wurden, an Ansehen verloren. Selbst wenn die Fälle, die gerade untersucht werden, nicht vorangekommen sind, und keine Verantwortung für diese Taten festgelegt ist, so haben die Untersuchungen doch dazu beigetragen, dass eine nachteilige Meinung über das Militär und dessen Mitglieder sowohl im In- als auch im Ausland, entsteht.

Durch das Eingreifen in den Konflikt und die Korruptionsfälle, die aufgedeckt worden sind, hat die Institution ihr Ansehen verloren. In diesem Zusammenhang diskutiert der Kongress der Republik einen neuen Militärkode, der versucht die militärischen Sonderrechte zu erweitern und Gebiete der Straffreiheit zu schaffen.

Dieses Projekt besteht aus vier einzelnen Gesetzen. In ihnen werden bislang „normale“ Verbrechen als „militärische“ Verbrechen. Delikte, die mit dem Militär nichts zu tun haben und zur Zeit unter das Strafrecht fallen, würden in Zukunft vor militärischen Gerichten verhandelt werden, sobald ein Angehöriger des Militärs an dem Verbrechen beteiligt ist. Selbst, wenn es sich um einen Militärangehörigen im Ruhestand handelt, sollen in Zukunft Militärgerichte angerufen werden – vorausgesetzt, dass jener Militärangehörige zum Zeitpunkt des Verbrechens noch im Dienst war.

Es unterscheidet nicht zwischen Militär- und Zivilverbrechen, und löst damit eine Behandlung aus, welche das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz verletzt. Außerdem beabsichtigt es, eine Struktur von Militärtribunalen einzusetzen, die formal in die Justizbehörde integriert ist. Solche Tribunale würden trotzdem aus Personen bestehen, die nicht juristisch ausgebildet und sogar beim Militär aktiv sind, so dass ihre Unabhängigkeit gefährdet wäre.

Das grundlegende Prinzip der Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz wären schwer eingeschränkt.

Übersetzung durch Mitglieder der *amnesty international* CASA- und Guatemala-Koordinationsgruppe (Hamburg)